

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Nein! – Svenja Schulze [SPD]: Das ist jetzt noch die FDP!)

Wenn Sie zum Beispiel die Debatte insbesondere der SPD im Ruhrgebiet – die Grünen sind von der Debatte im Ruhrgebiet etwas weit weg – berücksichtigen und betrachten, was der SPD-Fraktionsvorsitzende Ernst Prüsse in der letzten Zeit zu diesem Thema auf den Weg gebracht hat, werden Sie sehr schnell erkennen, dass es hier nicht um schwarz oder weiß, sondern um eine sinnvolle Regelung geht.

(Beifall von der CDU)

Dafür setzt sich diese Landesregierung ein. Das haben wir auf den Weg gebracht. Noch einmal: Auch bei einem so komplizierten Vorgang ist es sinnvoll, Umwelt- und Gesundheitspolitik mit den Menschen und nicht gegen die Menschen zu machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die heutige Aktuelle Stunde.

Wir kommen damit zu:

2 Gesetz zur Bildung der Städteregion Aachen (Aachen-Gesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5556

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik und
Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/6173

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Billmann das Wort.

Alfons-Reimund Billmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die CDU-Landtagsfraktion nehme ich sehr gerne Stellung zum Gesetz zur Bildung der Städteregion Aachen, dem sogenannten Aachen-Gesetz.

Seit Jahren haben sich die Stadt Aachen, der Kreis Aachen und seine neun Städte und Ge-

meinden immer mehr angenähert. Viele Aufgaben werden mittlerweile gelöst. Ich zähle beispielhaft auf: den öffentlichen Personennahverkehr, den ASEAG und den AVV, die Abfallentsorgung in der MVA Weisweiler, die Fusion beider Sparkassen und der Berufskollegs und das Straßenverkehrsamt.

Es gibt auch schon eine Zweckverbandsversammlung, die von den Räten delegiert wurde. Heute soll die Grundlage zur Schaffung der Direktwahl des ersten Städteregionsrates in der Nachfolge des heutigen Landrates und des Städteregionstages in der Nachfolge des letzten Kreistages des Kreises Aachen, der damit seine Existenz verliert, gelegt werden. Das hat zur Folge, dass es künftig keinen Kreis Aachen und keinen Landrat Aachen mehr gibt.

Die Stadt Aachen als kreisfreie Stadt gibt ihre Aufgaben, die Kreisaufgaben sind, an die Städteregion ab. Davon versprechen sich beide Kommunen erhebliche Synergieeffekte. Wichtig ist auch die bessere Gleichstellung mit den Städten der Nachbarstaaten Belgien und Niederlande. Diese haben zum Beispiel schon vor Jahren die Parkstad Limburg geschaffen, die uns gegenüber eine entsprechend größere Plattform darstellt, mit der wir mit dem heutigen Tag wieder ebenbürtig werden.

Alle Aufgaben wie Personalübergänge und Vermögensausgleiche sind im Vorfeld gelöst worden – auch im Einvernehmen mit den jeweiligen Personalräten – und sollen heute als öffentlich-rechtliche Vereinbarung mitbeschlossen werden.

Die IHK Aachen, Städtetag, Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund stimmen dem Vorhaben ebenso wie die Professoren Dr. Janbernd Oebbecke, Dr. Axel Priebis und Dr. Johannes Hellermann zu.

Die Hauptverwaltungsbeamten Dr. Jürgen Linden und Carl Meulenbergh haben mit ihren Verwaltungen hervorragende Vorarbeit geleistet. Alle Stadt- und Gemeindeverbände haben fast einstimmig zugestimmt. Alle Landtagsabgeordneten der im Landtag vertretenen Fraktionen aus der Städteregion stehen geschlossen hinter dem Gesetzentwurf, wofür ich mich bedanken möchte.

Wir danken allen Mitgliedern der übrigen Fraktionen für ihre einstimmige Zustimmung im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform.

Wir stimmen dem vorliegenden Gesetzentwurf mit seinen Anlagen zu, bitten alle Fraktionen des Landtags ebenfalls um Zustimmung und wün-

schen der Städteregion einen guten Start und viel Erfolg im Sinne der Bürger aus Stadt und Kreis Aachen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Billmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Kollege Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte heute Morgen hier im Landtag fast sagen: toute Aix-la-Chapelle.

Nach der kommunalen Neugliederung zu Beginn der 70er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts wird die heutige Entscheidung des Landtags zur Schaffung der Städteregion Aachen ein Meilenstein für die Zusammenarbeit und die Aufgabenverteilung zwischen Regionalkommunen und der Städteregion sein.

Die Aufgabenzuweisung wird nach dem Prinzip vorgenommen, dass eine Aufgabe dort wahrgenommen wird, wo sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger am besten erledigt werden kann. Das ist der Grundsatz, der dem Gedanken der Städteregion zugrunde liegt.

Wir müssen jetzt gemeinsam daran arbeiten – deshalb hoffe ich, Herr Billmann, dass diese Gemeinsamkeit noch ein ganzes Stück trägt –, die Menschen in der Region für diese neue Gebietskörperschaft mit Herz und Verstand zu gewinnen. Wir müssen gemeinsam sagen können: Hier in dieser Städteregion sind wir zu Hause. Wir müssen durch Taten und Leistung davon überzeugen, dass wir gemeinsam leistungsfähiger und attraktiver sind. Das gilt ganz besonders für die Bereiche Bildung und Wirtschaftsförderung sowie die Schaffung von neuen und sicheren Arbeitsplätzen in der Städteregion.

Diese Städteregion, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat sich durch eine Willensbildung von unten nach oben entwickelt – ein untypischer Weg bei der Veränderung von Strukturen, aber ein Weg, der deswegen erfolgreich sein wird.

Es spricht wohl für die Qualität des Vorhabens und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Städteregion, dass dieses Projekt in fast allen kommunalen Gremien der Stadt und des Kreises Aachen einstimmig angenommen und beschlossen worden ist.

Persönlich, meine Damen und Herren, möchte ich den Aachener Kollegen aus Stadt und Kreis Aa-

chen, den Kollegen Einmahl, Wirtz, Billmann, Henke und Priggen, für die kollegiale Zusammenarbeit bei der Begleitung des Gesetzesvorhabens hier im Landtag danken. Ich darf mich aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses für die heute zu erwartende einmütige Verabschiedung des Städteregionsgesetzes bedanken. Wir in der Städteregion wissen, dass das ein Vertrauensvorschuss ist, den wir einlösen müssen.

Diejenigen, die in der Städteregion vor Ort dieses Konzept entwickelt und vorangebracht haben – Oberbürgermeister Linden und Landrat Meulenbergh – wurden genannt, haben mehr gewollt, als das vorliegende Gesetz bieten kann. Ich denke hierbei insbesondere an die angestrebte Planungshoheit. Dennoch wird das Städteregionsgesetz eine solide Grundlage sein, auf der sich aufbauen lässt. Wir stehen nicht am Ende, sondern am Beginn des Prozesses zur Bildung und Realisierung der Städteregion.

Unser Ziel ist es, dass die Städteregion Aachen und im weiteren Sinne die Regio Aachen als Teil der Euregio Maas-Rhein vom westlichen Rand des Landes Nordrhein-Westfalen in die Mitte einer transnationalen europäischen Region rückt, sozusagen als Tor Nordrhein-Westfalens zu den westlichen Nachbarn in Europa.

Die SPD-Landtagsfraktion wird dem Gesetzentwurf und den Anlagen, die damit Teil des Gesetzes werden und bestätigt werden, zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN sowie einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Kollege Engel das Wort.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute beraten wir einen wirklich wegweisenden Gesetzentwurf für die Aachener Region und werden ihn in zweiter Lesung beschließen, mit dem Ziel, diese Region in besonderer Weise zu befördern und aufzuwerten. Im Abstand von nur zwei Jahren zur Kommunalwahl 2009 entsteht die Städteregion Aachen, ein neuer Gemeindeverband, der aus dem heutigen Kreis Aachen, der Stadt Aachen und den neun kreisangehörigen Gemeinden gebildet wird.

Der Prozess für diese neue und damit in Nordrhein-Westfalen einzigartige Gebietskörperschaft ist von der kommunalen Basis angestoßen wor-

den und über Jahre gereift. Das ist bemerkenswert. Fast alle 527 Mandatsträger haben sich für die Bildung der Städteregion Aachen ausgesprochen. Das ist ein Grund zur Freude, nicht nur für Landrat Meulenberg, der auf der Tribüne der Beratung heute wieder beiwohnt, sondern auch für Oberbürgermeister Linden und für alle – von der Basis bis hin zum Innenministerium –, die mit der geleisteten Vorarbeit zum Gelingen beigetragen haben.

Heute setzen wir vermutlich einstimmig den Schlussstein für das Gesetzgebungsverfahren. Mit der Bildung der Städteregion Aachen wird die zwischengemeindliche Zusammenarbeit verstärkt und werden Doppelstrukturen abgeschafft. Bei gleichbleibender oder sogar besserer Qualität der Verwaltungsleistungen können erhebliche Kosten eingespart werden. Im Vorfeld wurden rund 10 Millionen € pro Jahr genannt. Das kommt den Bürgern der Region zugute. Darauf bin ich in der ersten Lesung ausführlich eingegangen.

Ich möchte deshalb heute einige Gedanken zur Wirkung im Umland, in der Region und darüber hinaus anfügen.

Mit der Bildung der Städteregion Aachen wird die Wettbewerbssituation im Dreiländereck nachdrücklich verbessert. Diese Region bildet künftig einen Gegenpol zur aufstrebenden Parkstad Limburg, einem kommunalen Zusammenschluss aus sieben Gemeinden in der niederländischen Nachbarprovinz Limburg.

Mit der Schaffung dieser großen Organisationseinheit besteht aber auch die Chance, dass die Region Aachen durch ihr gebündeltes wirtschaftliches Gewicht mit einem Bruttoinlandsprodukt von 14,1 Milliarden € und durch ihre Bevölkerungszahl von rund 570.000 Einwohnern innerhalb Nordrhein-Westfalens im Vergleich zu den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr besser aufgestellt ist und in Zukunft auch besser wahrgenommen wird.

Ich bin mir sicher, dass mit dieser Städteregion der dort seit Jahren andauernde Strukturwandel der ehemaligen Tuch-, Nadel- und Steinkohleregion noch rascher überwunden wird. Diese Region hat die Chance, Modell für das Europa der Regionen zu werden. Maßgebliche Weichenstellungen sind mit der Euregionale 2008 erfolgt, die zu einer weiteren Annäherung an die deutschsprachige Gemeinschaft Ostbelgiens und der Parkstad Limburg geführt hat.

Am 21. September 2007 hat die Europäische Kommission die ersten vier operationellen Programme für die neue Interreg-Förderperiode 2007

bis 2013 gebilligt, darunter auch das Programm Euregio Maas-Rhein.

Insgesamt stehen Fördergelder in Höhe von 140 Millionen € für die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Verfügung. Diese Chance sollte vor Ort für die 1,6 Millionen Einwohner und die über 100.000 Unternehmen genutzt werden. Gemeint sind die Städteregion Aachen, der Landkreis Düren, der Kreis Euskirchen, der Kreis Heinsberg, die Parkstad Limburg, dazu Gewest Maastricht im Mergelland und das Gebiet, in dem die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens lebt.

Möglicherweise wächst da noch mehr zusammen, als wir heute ahnen. Kostendruck und demografische Entwicklung werden es erweisen.

Stabile Fundamente sind durch viele Aktionen wie das gemeinsame deutsch-niederländische Gewerbegebiet Avantis gelegt worden.

Auf wissenschaftlicher Seite ist eine Beflügelung des Gedankens der grenzübergreifenden Kooperation durch eine Studie der Provinz Limburg zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus dem Jahr 2007 erfolgt.

Die Zusammenarbeit der Universitäten von Liège, Maastricht und Aachen ist Realität. Bei der Wirtschaftsförderung kommen grenzüberschreitende Kooperationen der Industrie- und Handelskammern hinzu.

Im Rettungswesen und im Katastrophenschutz gibt es grenzüberschreitende Übungen und Vereinbarungen zur gegenseitigen Hilfe.

Bei der inneren Sicherheit gibt es eine grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit, zum Beispiel durch die Errichtung von tri- und binationalen Polizeidienststellen, durch gemeinsame Einsätze der Polizeien zur Bekämpfung von herausragender Kriminalität und durch gemeinsame polizeiliche Ermittlungsgruppen.

Im Bereich Kultur und Soziales gibt es eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Kunst- und Kulturprojekten sowie bei der Jobvermittlung.

Last but not least gibt es in der Wirtschaft eine Zusammenarbeit bei strategischen Unternehmensentscheidungen: Joint Venture, Errichtung von grenzüberschreitenden Industrie- und Gewerbegebieten, gemeinsame Vermarktung von Produkten und Gewerbeflächen.

Für die FDP-Fraktion wünsche ich der zukünftigen Städteregion Aachen ein herzliches Glückauf und

viel Erfolg für die Zukunft. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat wird es heute eine sehr einmütige Entscheidung geben – eine Entscheidung, die im Wesentlichen durch die Arbeit vor Ort vorbereitet worden ist.

Es war eine zähe Arbeit. Es war eine sehr intensive Arbeit, und es war, soweit ich weiß, eine Arbeit, die im Land nicht immer ohne Misstrauen verfolgt worden ist. Der eine oder andere Landrat hatte Angst – ich selbst komme aus einer Gegend, in der das zu hören war –, dass das ein leuchtendes Vorbild werden könnte.

Ich denke, es ist in der Tat ein leuchtendes Vorbild. Es ist ein leuchtendes Vorbild dafür, dass ohne lokale Egoismen versucht worden ist, für die Bevölkerung einen Mehrwert zu schaffen – einen Mehrwert sowohl an Effizienz als auch an einer ordentlichen, schlagfertigen Aufstellung in der Region.

Ich habe das mit dem Kollegen Priggen die ganze Zeit durchaus aus der Nähe mitverfolgen können. Vorübergehend sah es so aus, als ob es sich im Landtag nicht durchsetzen ließe.

Ich bin sehr froh, an dieser Stelle sagen zu können, dass die Landesregierung das, was von vor Ort hierhin getragen worden ist, jetzt auch umgesetzt hat. Ich glaube auch, dass man, wie es Prof. Oebbecke getan hat, von einer Vitalität der kommunalen Selbstverwaltung und Leistungsfähigkeit sprechen kann, wenn es tatsächlich möglich ist, dass die kommunalen Egoismen an einer solchen Stelle überwunden werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Region Aachen hat für NRW bislang die einzige Chance genutzt, sich im grenznahen Bereich als Partnerregion der Region Maastricht homogen und erkennbar aufzustellen und durch Verwaltungszusammenführung und gemeinsame Aufgabenerledigung ihre Wirksamkeit und Schlagkraft für die Entwicklung der Region zu verbessern.

Dass dieser Schritt in der Tat Mut und viel Überzeugung aufseiten der Handelnden verlangt hat, zeigt auch der Blick in das Vertragswerk, das das

eigentliche Gesetz ergänzt. Wenn davon die Rede ist, dass eine Vielzahl von Aufgaben der Stadt Aachen auf die Städteregion übergeht, wenn es zu umfangreichen Vermögensübertragungen und einer Vielzahl von internen Finanzbeziehungen kommt, dann ist leicht erkennbar, dass die politisch Verantwortlichen vor Ort eine enorme Leistung vollbracht haben.

Neben dem Landtag und all den Aktiven will ich insbesondere den Bürgermeistern und Landräten, den Räten und den Kreistagsmitgliedern danken, dass sie dieses Vorhaben als eine gemeinsame Chance für die Bürgerinnen und Bürger vermitteln und nicht in Vorbehalten und Ängsten vor einem Eingriffsverlust oder um die lokale Identität stecken geblieben sind.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass die Städteregion als Ganzes mehr gewinnt, als die einzelnen Ebenen für sich genommen geopfert haben; denn die Vorteile für die Region sind deutlich zu greifen. Mit der Städteregion wird, getragen durch den eigenen Willen – das ist für uns das Entscheidende –, eine große Organisationseinheit geschaffen, die derjenigen einer großen kreisfreien Stadt entspricht. Die Städteregion stärkt so ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht. Sie sorgt für Synergien und Einsparungen bei der Aufgabenerledigung.

Meine Damen und Herren, ich will noch einiges zu Wünschen aus der Region, die es gegeben hat und die wir teilen, anmerken, und wir gehen sogar darüber hinaus. Wir sagen aber auch deutlich, dass der heutige Schritt wichtig ist und deswegen nicht durch weitere Wünsche belastet werden soll; in der Zukunft kann man darüber allerdings reden.

So wurde aus der Region der Wunsch geäußert, dass das Gesetz zum Beispiel die Trägerschaft für die Regionalplanung durch einen Masterplan für die Städteregion beinhalten soll. Ferner wurden eine erweiterte Experimentierklausel oder die Einräumung von Inhousegeschäften über die Regelungen des Vergaberechts hinaus gewünscht.

Sofern sich diese Region bewährt, wird all das möglicherweise in den nächsten Jahren wieder anstehen. Ich will auch nicht verhehlen, dass wir uns in den nächsten Jahren sicherlich – wenn diese Städteregion ein positives Beispiel ist und bleibt – an vielen anderen Stellen darüber unterhalten müssen, ob man diesem Beispiel nicht auch in der Region Bonn/Rhein-Sieg oder anderen Regionen folgt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich wünsche der Städteregion alles Gute. Ich kann für unsere Fraktion deutlich betonen, dass wir gerne Hilfestellung geben wollen, sofern diese über die Fraktionsgrenzen hinaus gewünscht wird.

Insofern sind wir gespannt, was in den nächsten Jahren daraus wird.

Vielleicht als letzte Anmerkung: Es gibt ja unterschiedliche politische Mehrheiten in der Stadt und in dem Kreis. Von daher bin ich sehr gespannt darauf, was aus diesen Mehrheiten wird und wie sich diese Mehrheiten – vielleicht zusammen – zum Wohle der Region aufstellen.

(Beifall von den GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir sind auf jeden Fall immer dabei! – Gegenruf von Minister Armin Laschet: Wir auch!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als nächster Redner hat Herr Minister Dr. Wolf für die Landesregierung das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selten können wir einen solch breiten Konsens wie beim Gesetz zur Bildung der Städteregion Aachen verzeichnen. Diesen Konsens gibt es in der Region, und es gibt ihn hier im Landtag. Das hat sich in einem außergewöhnlich schleunigen, zügigen Beratungsverfahren sehr deutlich gezeigt, und zwar sowohl im Parlament als auch im Parallelverfahren bezüglich der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung in der Bezirksregierung.

Der kommunalpolitische Ausschuss hat Experten zu diesem Gesetzentwurf gehört, und die Stellungnahmen waren positiv. Festzuhalten bleibt: Mit dem, was der Gesetzentwurf enthält, sind die Beteiligten vor Ort zufrieden, und ich glaube, das können sie auch sein, meine Damen und Herren.

Die Landesregierung hat bei der Konzeption des Gesetzentwurfs breiten Raum für ein Höchstmaß an Konsens zwischen der kreisfreien Stadt, den kreisangehörigen Gemeinden und dem Kreis gelassen. Der Gesetzentwurf entspricht damit weitestgehend der einvernehmlichen kommunalen Willensbildung im Raum Aachen. Zu Recht wurde in den Expertenstellungnahmen betont, dass in den vorgelegten öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen eine große Zahl schwieriger Sachthemen im Konsens der kommunalen Partner geregelt werden konnte. Das ist nicht immer selbstverständlich, aber im Raum Aachen ist es gelungen. Und ich möchte sehr deutlich sagen: Ein solcher

freiwilliger Zusammenschluss einer kreisfreien Stadt mit einem Kreis ist eine beachtliche politische Leistung aller Beteiligten und verdient Respekt, meine Damen und Herren.

Dieser Dank, der damit implizit ausgedrückt worden ist, geht natürlich an die beiden Leitmatadore, nämlich an Herrn Landrat Meulenbergh – ich sehe ihn oben auf der Tribüne – und Herrn OB Dr. Linden, die es trotz unterschiedlicher parteipolitischer Ausrichtung geschafft haben, auch in den Gremien für Mehrheiten zu sorgen. Die Räte und Kreistage haben sich einvernehmlich an der Stelle gezeigt. Das ist in der Tat ein beachtlicher Schritt.

Die Landesregierung hat diesen Prozess der Konsensbildung der beteiligten Gebietskörperschaften wohlwollend begleitet, stellt dies doch ein Musterbeispiel für den Weg der Freiwilligkeit dar, den wir in der GO noch einmal ausdrücklich betont haben.

Mit dem Gesetzentwurf hat die Landesregierung die von den Beteiligten konsentierten, angemessene und tragfähige Lösung für die Bildung der Städteregion Aachen als rechtliche Grundlage herausgearbeitet. Auf dieser Basis kann die Städteregion nunmehr ihr selbst gestecktes Ziel erreichen und den Nachweis nordrhein-westfälischer Innovationskraft erbringen. Diese Kraft kann sich voll und ganz im vorhandenen System der kommunalen Selbstverwaltung entfalten.

Der Gesetzentwurf schafft mit der Städteregion eine neue Konstruktion, aber keine zusätzliche oder neue kommunale Ebene. Vielmehr kann die Region nun eine neue Qualität kommunaler Zusammenarbeit leben, die sich problemlos in unsere kommunale Landschaft einfügt. In diesem Ziel will die Landesregierung die Region bestärken und unterstützen. Lassen Sie uns gemeinsam den Startschuss für eine erfolgreiche Städteregion Aachen geben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Wolf. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform; das ist die **Drucksache 14/6173**. Dort empfiehlt uns der Ausschuss, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? –

Enthaltungen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen aller Fraktionen des Hauses **angenommen** und der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung verabschiedet.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind damit bei:

3 Landesregierung muss endlich „Courage“ zeigen: Schluss mit dem Experimentieren auf dem Rücken der Kinder – Gymnasien brauchen den Ganzttag

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6163

In Verbindung mit:

Schule darf nicht krank machen: Landesregierung muss Druck aus dem Turbo-Gymnasium nehmen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6162

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD der Kollegin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Drei Fragen möchte ich angesichts der Diskussion um das „Turbo-Abitur“ in der heutigen Debatte aufwerfen.

Erstens. Warum haben Sie alle Erkenntnisse anderer Länder wie zum Beispiel Hessen und Bayern, alle Meinungen von Expertinnen und Experten in den Anhörungen zu dem von Ihnen zu verantwortenden Gesetz zum Abitur nach zwölf Jahren in den Wind geschlagen?

Zweitens. Warum gehen Sie in einer so arroganten Art und Weise mit den berechtigten Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern und den Kommunen um?

Drittens. Warum lassen sich die Landeselternschaft der Gymnasien, der Philologenverband und die Direktorenvereinigung der Gymnasien beim Turboabitur auf diese nachgebesserte Flickschusterei ein?

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

Was also ist in Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung des Turboabiturs schiefgelaufen? In an-

deren Bundesländern hatte die aufgeladene Diskussion, Herr Solf, um das „G8“ längst begonnen. Das Modell „fünf Jahre Sekundarstufe I und drei Jahre Sekundarstufe II“ legt den überwiegenden Teil der Schulzeitverkürzung in die unteren Jahrgänge des Gymnasiums.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Schäfer.

Ute Schäfer (SPD): Nach kurzer Zeit liefen Elternverbände Sturm gegen diese überstürzt eingeführte Verkürzung ohne entsprechende räumliche und ohne entsprechende fachliche Unterstützung.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Schäfer, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Frau Kollegin Kastner würde gern eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Ute Schäfer (SPD): Ja, gerne, wenn Sie die Zeit anhalten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Selbstverständlich, Frau Kollegin. – Frau Kollegin Kastner, bitte schön.

Marie-Theres Kastner (CDU): Frau Schäfer, würden Sie in Ihrer Rede bitte meine Frage mitbeantworten, warum Sie in Ihrer Zeit als Ministerin das Abitur nach acht Jahren zwar beschlossen, in Ihrer verbleibenden Regierungszeit aber keinerlei Vorkehrungen für die Umsetzung getroffen haben?

Ute Schäfer (SPD): Gerne. Ich sage gleich etwas zu unseren Vorbereitungen.

Alle, die eine Ahnung davon haben, was die Auswirkung der möglichen Verdichtung des Lernstoffs angeht, haben Sie in den Anhörungen frühzeitig darauf hingewiesen, dass man eine Schulzeitverkürzung nur – Frau Kastner! – mit einem begleitenden Ganzttag umsetzen kann.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zwölf statt 13 Jahre Lernzeit, das bedeutet Ganzttag statt Halbttag. Das war der Unterschied zu Ihnen. Nachdem Ihr erster Befreiungsschlag in diesem ganzen Theater „Samstag ganz Ganzttag“ gelautet hatte, Frau Ministerin, haben Sie gemerkt, dass Sie einen bildungspolitischen Superflop in Nordrhein-Westfalen gelandet haben. Dann haben Sie erst einmal gar nichts mehr getan.